

Während bei ihm die Selbständigkeit der Ortsvereine unantastbar ist, geht der neue Syndikalismus in der Atomisierung der Arbeiterklasse und ihrer organisierten Macht noch weiter, indem er die geschlossenen organisierten Betriebsbelegschaft für souverän erklärt.

Die neue „Betriebsorganisation“ stellt als oberste tatsächliche Maxime den Satz auf, daß die Arbeiter eines jeden Betriebes zu jeder Zeit den Unternehmer ihres Betriebes angreifen können, um bessere Löhne zu erzielen oder andere Forderungen durchzusetzen, ohne die Einwilligung einer Zentralinstanz einzuholen, das heißt, ohne Rücksicht auf die Gesamtlage nehmen zu müssen.

Was praktisch dabei herauskommen muß, weiß jeder, der noch nicht vergessen hat, daß es auch Unternehmerrorganisationen gibt, die den Einzelstreik im Betrieb mit umfassenden Ausperrungen beantworten würden, sofern es ihnen nicht gelingt, ihn totlaufen zu lassen, indem sie den einzelnen Unternehmer ausreichend unterstützt, was viel leichter ist, als die Unterstützung der Unternehmer bei großen zentralen Kämpfen. Will die Arbeiterkraft dieses Totlaufens der Einzelstreiks verbieten, dann muß sie in jedem Falle sofort die Arbeiter anderer Betriebe zur Solidarität aufrufen. Kommt es zur Ausperrung, so ist das Bild das gleiche, nur daß jetzt die Ausgesperrten durch die Unternehmer zur Solidarität gezwungen werden.

Soll also die „Betriebsorganisation“ den nachfolgenden Zweck ihrer Organisationsform erfüllen, soll sie den Arbeitern eines Betriebes die Möglichkeit geben, durch fortwährende plötzliche Vorstöße den Unternehmer dauernd in Atem zu halten, so hätte das fortgesetzte Solidaritätsbewegungen der Arbeiter anderer Betriebe zur notwendigen Folge.

Diese erzwingene Solidarität müssen die Arbeiter für die Forderungen anderer Arbeitergruppen üben, ohne daß sie vorher über die Zweckmäßigkeit der Bewegung befragt worden wären. Dieses vorherige Befragen der Gesamtheit oder ihrer verantwortlichen Vertretung ist der Sinn der zentralen Regelung der Lohnbewegungen, nicht die Absicht, einer Zentralbürokratie eine möglichst große Gewalt zu geben. Daß diese unter Berücksichtigung der Gesamtlage angewandte, zentral bestimmte Taktik allein zum Erfolg führt, lehrt die Geschichte der deutschen Gewerkschaften. Den, der sie nicht kennen sollte, der ihre Lehre vergessen hat oder der nicht imstande ist, sie ohne Voreingenommenheit zu studieren, lehnen es vielleicht auch die knappen Andeutungen, die wir eingangs über die Bedingungen des gewerkschaftlichen Kampfes machten. Und was meint man wohl, wer diese fortwährend aufreißt, in ihrem Verlauf ganz unübersehbare Kämpfe länger aushält, die straff organisierten Unternehmer oder die in hilflosen Betriebsgruppen kämpfenden Arbeiter? Wenn die Fähigkeit zu ernsthaftem Nachdenken nicht ganz abhanden gekommen ist, kann sich diese Frage ohne Mühe selbst beantworten.

Nun kann man aus den dürftigen Versuchen einer theoretischen Begründung der Idee der „Betriebsorganisation“, die man hier und dort vorfindet, allerdings feststellen, daß der Lohnkampf diesen Theoretikern sehr nebenächlich erscheint. Ihre Ziele sind andere. Bei ihrer Begründung geraten sie ganz in das Fahrwasser des Syndikalismus. Woran steht der Kampf um die Besitzergreifung des Betriebes durch die Arbeiter, die direkte Aktion. Und das ist der Vorwurf, den wir diesen Leuten machen müssen, daß sie die Mitbestimmung über die Lohnbedingungen in der Praxis preisgeben, die Arbeiter in diesem Punkt der Willkür der Unternehmer ausliefern, statt beides, den Lohnkampf und den Kampf um die Verpeselhaftung der Produktionsmittel, zweckvoll zu verbinden. Ein weiterer Vorwand für ihre Propaganda ist der Aufbau des Rätesystems, der an den Betrieb anknüpfen muß. Es wird zu zeigen sein, wie auch diese Aufgabe nur in enger Verbindung mit der bestehenden Gewerkschaftsbewegung nicht im Gegensatz zu dieser zu erfüllen ist.

Elternräte.

Wenn Reformbestrebungen in der Schule still stehen, liegt das entgegen: Der zwiespältige Charakter der Sozialisteneuerung, der jeden grundsätzlichen Fortschritt zur sozialistischen und weltlichen Schule unmöglich macht, und das System des Bürokratismus, das auch jede wohlthätige Demokratisierung verhindert. Dieses System ist so mächtig geworden und zwingt auch den freischichtlichen Geist so in sein unheimlich mechanisches Getriebe hinein, daß es wie ein selbsttätiges Ungeheuer fortarbeitet, ohne, so gegen den Willen seiner scheinbaren Lenker.

Diese Last muß man sich klar machen, um zu verstehen, warum alle Reformversuche bis jetzt nicht genügt, warum sie nur verschlimmert haben. Sie liegen den ganzen bürokratischen Apparat intakt, mußten ihn intakt lassen, weil sie ja eben durch ihn wirken wollten. Und dieser Apparat funktioniert nun wie eine Maschine, in die ein Hindernis geraten ist: Das Hindernis, ob Holz, ob Eisen, ob lebendiger Mensch wird zermalmt und die Maschine geht weiter ihren Weg. Es gibt keine Möglichkeit von diesem aus zur Demokratisierung zu gelangen. Was von hier aus einsehbar wird: Lehrerräte, Elternräte, Schülerräte, alles trägt das Stigma seiner „verordnungsähnlichen“ Geburt an sich und damit einen Todeskeim, der wirkungsvolle Arbeit behindert.

Was ist in dieser Sachlage zu tun? Vorhören läßt sich der Apparat nicht ohne weiteres, wenn nicht ein Chaos eintreten soll, durch ihn irgend etwas zu erreichen, was lebensfähig ist, ist eben unmöglich. Es bleibt nur der eine Weg, langsam andere Einrichtungen zu schaffen, die neben dem amtlichen Apparat zunächst Träger und Verbreiter der Reformgedanken sind, und dann die Organe zu ihrer Verwirklichung werden. Bisher hat unser ganzes Schulwesen unter der Teilnahm- und Verständnislosigkeit aller Nichtschulkreise. Es wider noch heute darunter. Noch heute ist es möglich, daß wichtige Schulfragen als „Kriegsgelände“ abgetan werden. Und es ist unter all unseren politischen Parteien eigentlich einzig das Zentrum, welches die kulturelle und dadurch die ungeheure politische Bedeutung dieser Fragen deutlich erkennt und mit Fähigkeit seine Forderungen vertritt und durchsetzt. Vorher die sozialistischen Parteien eine gleiche Politik erlernen, wird nicht nur nichts erreicht werden, sondern wir werden binnen kurzem ein wahres Zentrumministerium haben, hinter sozialistisch-demokratischer Fassade. Anders oder kann es nur werden, wenn wir in dem Bereich selbst — viel zu spät bereits — Ein-

Lebenslängliche Schutzhaft?

Der Genosse Justin Braun, der sich seit Januar dieses Jahres unter der Anklage der Beteiligung an den Januarunruhen in Untersuchungshaft befand, ist nunmehr endlich vor einigen Tagen nach Abschluß einer monatelangen ausgedehnten Voruntersuchung außer Verfolgung gesetzt worden, und es ist die über ihn verhängte Untersuchungshaft aufgehoben worden, da das Gericht zu der Ueberzeugung gekommen war, daß ihm nicht die geringste strafbare Handlung zur Last gelegt werden könne. Anstatt ihn jedoch unversichtlich aus der Haft zu entlassen, hat ihm daraufhin Roske einen wahrhaft skandalösen Schutzhaftbefehl erteilt, in dem es unter anderem heißt:

„Gegen Braun besteht dringender Verdacht, daß er an den Unruhen im Dezember 1918 und im Januar 1919 an hervorragender Stelle beteiligt war und daß er zusammen mit dem früheren Volksrat-Präsidenten Eichhorn zu jenen Zeiten die Anwerbung und Bewaffnung von Mannschaften geleitet hat, die dazu dienen sollten, die Regierung zu stürzen. Für den Fall seiner Freilassung ist anzunehmen, daß er seine Bitterkeit gegen die Regierung fortsetzt, zumal da es ihm ein Leichtes sein wird, sofort wieder mit Eichhorn in Verbindung zu treten und weiter mit ihm gemeinschaftlich auf einen gewaltsamen Sturz der Regierung hinzuarbeiten.“

Unter Berücksichtigung der gegenwärtigen Verhältnisse bildet Braun sonach eine Gefahr für die Sicherheit des Reiches, die nicht anders als durch Verhängung der Schutzhaft abgewendet werden kann.“

Dieser Schutzhaftbefehl dürfte den Gipfelpunkt all dessen darstellen, was die militärische Willkür im Punkte Schutzhaft sich bisher geleistet hat. Das Gericht kommt nach einer eingehenden, bald ein Jahr währenden Untersuchung zu dem Ergebnis, daß Genosse Braun vollkommen unschuldig ist. Das hindert aber Roske nicht, seinen Schutzhaftbefehl gerade auf die „angeblichen“ Taten Brauns zu stützen, deren er sich nach der Entscheidung des Gerichts nicht schuldig gemacht hat. Roske weiß dies natürlich ohne irgendwelche Ermittlungen viel besser.

Wie denkt sich nun unsere Militärdiktatur eigentlich den weiteren Verlauf der Angelegenheit? Der Schutzhaftbefehl wird damit begründet, daß Genosse Braun, wenn er freigelassen würde, die Möglichkeit hat, mit dem Genossen Eichhorn in Verbindung zu treten. Genosse Braun soll danach also anscheinend solange in Schutzhaft behalten werden, bis entweder der Genosse Eichhorn oder er selbst gestorben ist, da ja so lange die Möglichkeit besteht, daß die beiden „Verbrecher“ miteinander in Verbindung treten.

Kein Einfall Lettow-Vorbeds in Estland.

Wir hatten in unserer Montag-Morgenausgabe eine Meldung des Holländisch-Nieuws Bureau wiedergegeben, nach der Lettow-Vorbed mit 30000 Mann und 400 Panzerautos die ostpreussische Grenze überschritten und in Litauen eingedrungen sei.

Die „Braunschweigische Landeszeitung“ wird von der Adjutantur des Generals Lettow-Vorbed ermächtigt, zu erklären, daß diese Meldung vollkommen aus der Luft gegriffen ist. Der General ist am 23. November in Schwerin und am 24. November in Parchim gewesen.

Wir haben die Meldung mit Vorbehalt wiedergegeben.

Das Betriebsrätegesetz.

Die gesamte bürgerliche Presse beschäftigt sich eingehend mit der Kritik, die in den Beratungen über das Betriebsrätegesetz eingetreten ist. Es wird, wie auch der „Vorwärts“ schreibt, mit Sicherheit auf das Zustandekommen eines Kompromisses zwischen Zentrum und Rechtssozialisten gerechnet. Andere Wäcker behaupten sogar, die „Verständigung“ zwischen den beiden Parteien sei schon perfekt, und man verhandele nun gemeinsam mit den Demokraten, um den Bloß auch in dieser Frage beizubehalten. Es trifft also zu, was wir gestern an-

richtungen schaffen, die Schulfragen behandeln, Anteilnahme und Verständnis dafür unter den Genossen wecken, und ihre Forderungen bei den Parlamenten und Behörden vertreten und möglichst durchsetzen.

Zu diesem Zwecke stellen sich die Elternräte. Nicht die beschränkt langjährigsten Elternräte, die durch Klasse eingeführt, in ihren Prinzipien beschränkt und voll bornieren jede Kraft bezaubert werden, aber Elternräte, die aus dem Volke, aus den Parteien heraus frei gebildet werden. Aus solche werden die Kraft haben, Neues wirklich Neues zu schaffen, weil sie nicht durch das alte bürokratische Schema gehindert sind. Sie werden imstande sein, von außen her einen starken Druck auszuüben auf den amtlichen Apparat. Sie werden vielleicht allmählich imstande sein, anderes an seine Stelle zu setzen und ihn auszusparen, voranzutreiben, daß sie sich fast genug organisieren, daß sie selbst in sich Willen und Fähigkeit zu durchgreifender Arbeit entwickeln.

Elternräte, welche unterschiedlichen Eltern von verschiedenen politischen und religiösen Ueberzeugungen zusammenschließen, nur weil sie ein und derselben Schule angehören, werden natürlich niemals irgendwelche eigenen Ideen entwickeln, irgendwelche Stoffkraft zeigen können. Sie werden immer nur Organe der Direktoren und Kollegien sein. Darum müssen die sozialistischen Parteien ihre Elternräte gründen und aus ihnen die Organe schaffen, die sie im kulturellen Kampf so bitter nötig haben.

Anfänge zu einer solchen Organisation sind bereits hier und da gemacht. Wie sie sich ausbauen lassen, welche Aufgaben schon heute ihnen zufallen würden — es sind nicht geringe — das soll in einem weiteren Aufsatz stärker werden. S. Max.

Ein Weg zur Freiheit.

In meinen Piepshören, seitdem sind drei Jahrzehnte verfloßen, las ich mit Vorliebe Hintertreppentromane.

Wie sollte das auch anders sein? Ein wirklich gutes Buch bekam ich nicht in die Hand. Es fand sich niemand, der mich fürchte.

Als Kind magt, und nachdem ich später bei einem Kleinmeister in der Lehre war, erst recht nicht. Besen war verpönt und es gab dazu auch keine Zeit. Die Bohlung war arbeiten und nochmals arbeiten; vom ersten Jahrschrei bis zum letzten Abend. Als ich dann Gefelle war und nach längerer Waise (Wanderzeit) bei einem Kleinmeister, in einem kleinen Städtchen an der sächsischen

Abtügen: der Ruhhandel am Arbeitertage bleibt. Die Demokraten zeigen sich hier offen vor aller Welt als die Partei der Kapitalisten, die ihre Inkarnationen von organisierten Unternehmern zum empfangt. Und wir glauben nicht, daß sie auch nur ein Tipfelchen von ihren Absichten aufgibt. Ebenjener aber glauben wird an eine Regierungskrise. In kleine Maß leicht verkleinert werden — und die Maßgebenden werden die rechtssozialistischen Kämpfer für Arbeiterrechte sein. Sie haben sich mit dem Zentrum getrieben, und sie werden das Zentrum als Brücke benutzen, sich auch mit den Demokraten zu finden. Es geht ja nur um die Rechte der Betriebsräte.

Vergebliche Hoffnungen.

Die in Hamburg erscheinende „Kommunistische Arbeiterzeitung“, das Hauptorgan der „Allgemeinen Arbeitervereine“, läßt sich aus Berlin schreiben, daß der „verunglückte Generalkonferenz die Spaltung in der U. S. V. von Bedeutung verhärtet“ hat. Die breiten proletarischen Massen würden immer mehr in das Fahrwasser der sozialistischen Strömung in der U. S. V. getrieben. Das deutsche Zeichen für die „Spaltung“ in der U. S. V. sei eine „Resolution, die gemeinsam von den Fraktionen der U. S. V. und U. S. V. gefaßt wurde“. Gemeint ist die Resolution der Vollversammlung vom 12. November. Die „Kommunistische Arbeiterzeitung“ zieht daraus den Schluß, daß der bevorstehende Parteitag der U. S. V. ein „Spaltungsparteitag“ sein werde. Die neuen Syndikalisten knüpfen also die stärksten Hoffnungen auf diese Resolution und an die damit im Zusammenhang stehenden Vorgänge, Hoffnungen, die nicht ausgedehnt werden dürften, da erstens die Masse unter den Parteigenossen gar nicht daran denkt, den Doktrinen der sozialistischen Prophezie zu folgen, und weil zweitens die Berliner Volksratsmitglieder die Teile der Resolution, die zu den Hoffnungen Anlaß geben könnten, wieder aufgeben oder ganz anders interpretieren als die Kommunisten, wie aus den in der „Freiheit“ erschienenen Darlegungen der Genossen Bäumig und Däumig hervorgeht.

England und der deutsche Militarismus.

London, 24. November.

Hon. Sir antwortete auf eine Anfrage, die Militärfolgen der Ansicht, daß die Berichte, wonach Deutschland ein Armer von einer halben Million Mann in Kriegsjahre haben soll, übertrieben seien. Es sei das aber eine derartige Frage, die der Oberste Rat im Auge behalten werde, die Durchführung der Friedensbedingungen nach der Ratifikation des Vertrages durchzusetzen. Obwohl die Verminderung der deutschen Armee erst nach der Ratifikation festzustellen brauche, könne man sich darauf verlassen, daß die Stärke der deutschen Streitkräfte nicht übersehe.

Aufruf der schottischen Sozialisten.

H. N. London, 25. November.

Das Organ der schottischen sozialistischen Arbeiter vertritt nicht einen Aufruf des Vorsitzenden des Arbeiterrates, in dem es

„Die Eisenbahnkrise und alle mit ihr verknüpften revolutionären Möglichkeiten haben uns Arbeiter unorbereitet gefunden. Wir haben die Gelegenheit verpaßt. Jetzt bereiten die Arbeiter einen großen Kampf gegen den Kapitalismus vor. Auch wir müssen von jetzt an bis Anfang März unsere Kräfte bündeln und uns bereit halten, unsere ganze Macht dem Bergarbeiter zu stellen. Der Kapitalismus muß verdrängt werden, so werden wir König Georg belagern geben, tatsächlich mit der Industrie bekannt zu werden. Ein oder zwei Wochen Arbeit in einer Hungerstreik werden genügen, ihn nie wieder über die Industrie das Wort führen zu lassen. Fort mit Monarchie und Kapitalismus, es lebe die sozialistische Republik.“

Die Aufhebung der italienischen Getreideausfuhr tritt nach einer Meldung des „Secolo“ am 12. Dezember in Kraft.

schottischen Grenze in Arbeit trat, ging das Schmelzen in der Schaubertmonen los. Die treibende Kraft hierzu war noch jugendlicher Meister, der mich von früh bis spät vom „Eisen“ (Spudgeschichten) unterhielt.

Also wir bekehrten und nun die einschlägige Literatur. Die Woche kam ein Heft. Das kostete zehn Pfennige. Der Meister schmeichelte selbstverständlich auch. Wir tauschten gegenseitig unsere Bücher. Er las den „Rinaldo Rinaldini“ und ich die „Hohheit von Venedig“. Wir besprachen uns an güttergeleiteten Bringenissen, die mit unendlich sorgfältigen weichen Schwämmen häßlich durch ihr Lebensdasein schwebten, oder wir erzählten, wenn die Grün Kulle in brünstiger Leidenschaft lautlos eine Panzerkugel, durch ihr mit bezaubernden Düften gesättigtes raffiniertes ausgefärbtes Douloir raste und ihr wie Klöppel schimmernder lippiger Kufen wie die wildgewundene See auf ab mochte. Die wurde unsere Phantasie in Schwärzungen verwickelt und wir schwebten und rosten mit, bis uns, ach so dumm im Schlaf wurde. — — —

Dann trat jäh eine Wendung in meinem Leben ein und ich wurde verbannt, meine Studien am „Rinaldo Rinaldini“ und an der „Hohheit von Venedig“ aufzugeben.

Durch einen Freund, einen jungen Messerschmied, wurde ich zum ersten Male in meinem Leben in eine Versammlung geführt.

Der am Orte domicilierende sozialdemokratische Arbeiterbildungsverein hatte sich aus Dresden einen sozialistischen Schriftsteller als Referent verschrieben, der einen Vortrag über die deutsche Literatur hielt. Das war Keuland für mich. In diesem diesen Tag nie vergessen. In einer wundervollen gemächlichen Weise verstand es der Vortragende, und mit wachen größten Dichtern und Denkern bekannt zu machen.

Wie in halber Betäubung verließ ich nach dem Vortrage die Versammlung. Es war zu viel des Wunderbaren auf mich eingestürzt, um bearbeitet werden zu können. Aber am nächsten Morgen, als ich im Werkstätten Feuer anmachte, nahm die „Hohheit von Venedig“ ein jähes Ende, sie mußte den Boden unter mir abgeben lassen und aus Versehen oder war es meine willige Absicht, ich stopfte den „Rinaldo Rinaldini“ hinter mich.

Das setzte mit dem Meister Knack und das Ende war das war, daß ich mein Köpfelein schnürte und meine Schritte anpändiger Gesellschaft zu bewegen. Es ist seit es nicht mehr

